

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Donnerstag, 30. Dezember (Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Annoucen-Annahme-Bureau: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wohnort 16.) bei E. J. Ulrich & Co. ... in Gnesen bei Ch. Spindler, in Gräg bei L. Strickand, in Breslau bei Emil Sabath.

Annoucen-Annahme-Bureau: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Danne & Co. ... in Berlin, Dresden, Geth bei „Juwalendank.“

Nr. 914.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Erscheinen der Zeitung.

Am Neujahrstage erscheint keine Zeitung, weil die Ausgabestellen geschlossen sind. Unsere letzte Nummer vor dem Feste erscheint Freitag Abend um 7 Uhr und ist sowohl in der Expedition, als auch bei den Distributionsstellen in Empfang zu nehmen. Inserate für diese Nummer werden bis 2 Uhr Nachmittags angenommen. Die kleine Abendausgabe fällt am Freitag weg. Die nächste Nummer nach dem Feste erscheint Montag den 3. Januar Mittags.

Amliches.

Berlin, 29. Dezember. Der Kaiser und Königin hat den Generalpostdirektor Dr. Stephan zum Generalpostmeister, den Geh. Ober-Postrathe Wiebe zum Direktor des Generalpostamts, und den Geh. Ober-Postrathe Budde zum Direktor des General-Telegraphen-Amtes ernannt.

Der König hat den Kreisger. Rath Kerling in Kassel zum Appellationsgerichtsrath in Frankfurt a. M. ernannt, den Kataster Inspektoren von Bamfonski zu Stralsund, Berent zu Stettin und Brunner zu Erfurt den Charakter als Steuer-Rath, den Kataster Kontrolleuren, Steuer-Inspektoren Jaekel zu Fulda, Schünemann zu Stolp, Wagner zu Braunsberg und dem Kataster Sekretär, Steuer-Inspektor Wagner zu Wiesbaden den Charakter als Rechnungsrath, den Bronze-aaren-Praktikant Carl Schöffler zu Potsdam; und den Kaufleuten Guard, Michael Leopold, Siegfried und Philipp Goldschmidt zu Breslau in ihrer Eigenschaft als Inhaber der dafelbst unter der Firma „Franz Tellmann“ bestehenden Pflaster- und Seifenfabrik, das Prädikat als K. Hoflieferanten verliehen.

Der Privatdozent F. Ferdinand Baumgart in Greifswald ist zum außerord. Prof. in der phil. Fakultät der dortigen Universität ernannt, dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Julius Goltz in Schmiedeburg und dem Gymnasial-Oberlehrer Heinrich Götner in Glemitz das Prädikat: „Professor“ beigelegt, bei dem Schullehrer-Seminar zu Rosenfeldham prov. beschäftigte Lehrer Strebel zum ord. Seminarlehrer ernannt, der Elementarlehrer Brückner, zuletzt in Trachenberg, mit der prov. Verwaltung einer Seminar-Lehrerstelle beauftragt und der Elementarlehrer Carl Müller aus Friedland D.-S. als Hilfslehrer angestellt worden.

Der Kreisger. Rath Born in Schmiedeburg ist von der Funktion bei der Ger.-Komm. dafelbst entbunden und dem Kollegium des Kreisger. in Hirschberg zugeordnet, der Kreisrichter Wallmüller in Schmiedeburg a. D. als Stadtrichter an das Stadtgericht in Berlin versetzt, der Ger.-Ass. Raager zum Friedensrichter bei dem Friedensger. in Luberatz, und der Ger.-Ass. Müller zum Staatsanwaltschaftsbeihilfen bei der Staatsanwaltschaft des Kreisger. in Ortelshurg ernannt.

Brief- und Zeitungsberichte.

Δ Berlin, 29. Dezember. In Folge des Antrags auf Herstellung größerer Einigung in der deutschen Orthographie, welche von der 1873 in Dresden von Delegirten der deutschen Schulverwaltungen gehaltenen Konferenz ausgegangen ist, war Seitens der deutschen Bundesregierungen der Professor Rudolph von Kaumer in Erlangen ersucht worden, eine Schrift über diesen Gegenstand auszubereiten, welche einer anderweiten Berathung als Vorlage dienen sollte. Nachdem Professor von Kaumer dieser Aufforderung entsprochen hat, wird die von ihm verfasste Schrift einer hieselbst stattfindenden am 4. Januar l. J. beginnenden Konferenz zur Berathung vorgelegt werden, in welcher der königl. preussische Unterrichtsminister Dr. Falk im Einvernehmen mit den deutschen Bundesregierungen folgende Männer eingeladen hat: Professor von Kaumer in Erlangen, Professor Wilmanns in Greifswald, Professor Scherer in Strassburg, Professor Geheimer Hofrath Barisch in Heidelberg, Professor Hildebrand in Leipzig, Provinzial-Schulrath Klitz, Gymnasial-Direktor Kuhn und Professor Dr. Imelmann in Berlin, Provinzial-Schulrath Höpfner in Koblenz, Dr. Frommann, zweiter Vorstand des germanischen Museums in Nürnberg, Gymnasialdirektor Duden in Schleiz, Dr. Krag, Professor am Gymnasium in Stuttgart, Daniel Sanders in Alt-Strelitz, Dr. Löwe in Berlin (in Firma: Mittler und Sohn) als Delegirter des deutschen Buchhändler-Verbandes, und Bertram in Halle (in Firma: Waisenhaus-Buchhandlung) als Delegirter des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden den deutschen Bundesregierungen zu ihrer Beschlußfassung mitgetheilt werden. — Behufs Erledigung mehrfacher Zweifel, die hinsichtlich des Verfahrens bei Berufung der bürgerlichen Mitglieder der Ober-Ersatz-Kommissionen vorgekommen sind, hat der Minister des Innern nachstehende Grundzüge aufgestellt: Gemäß § 69 Nr. 3 der Ersatzordnung vom 28. September 1875 fungirt für jeden Infanterie-Brigade-Bezirk in der Regel nur ein bürgerliches Mitglied. Diese Regel gilt, da sie nach der ausdrücklichen Bestimmung des § 69 b. c. für sämmtliche in einem und demselben Brigadebezirk liegende Gebietsbeirthe eines Bundesstaats Anwendung zu finden hat — auch für diejenigen Brigadebezirke, welche aus

Kreisen verschiedener preussischer Provinzen zusammengezet sind und es ist also unthatsächlich, für solche Brigade mehrere bürgerliche Mitglieder der betreffenden Ober-Ersatzkommissionen zu bestellen. Denn eine verhältnismäßig gleiche Beteilung der bei dem Brigadebezirk konkurrierenden Provinzen herbeizuführen, wird durch die Provinzialvertretungen für die in Rede stehende Wahl des bürgerlichen Mitgliedes resp. des Stellvertreters ein Turnus zu vereinbaren sein, bei welchem die Zahl der in jeder Provinz beteiligten Kreise maßgebend ist. Es empfiehlt sich, die erste Wahl in derjenigen Provinz vorzunehmen, welche mit der größeren Zahl von Kreisen beteiligt ist. Die bürgerlichen Mitglieder der Ober-Ersatzkommissionen und ihre Stellvertreter werden gemäß § 2 Nr. 6 der Ersatz-Instruktion auf 3 Jahre gewählt. Die erforderlichen Wahlen sind in den Provinzen, wo gegenwärtig die Abhaltung von Provinzial-Landtagen bevorsteht, sofort und fernerhin, wenn Neuwahlen nöthig werden, ohne weitere Anordnung des Ministers des Innern einzuleiten.

— Das Projekt des Anlaufs der Eisenbahnen für das Reich soll zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstage gemacht werden. Auch in Bezug auf die orientalische Frage ist in parlamentarischen Kreisen eine Interpellation in Anregung gebracht worden, um Aufklärungen über den Stand derselben zu erhalten. Es scheint indeß sehr fraglich, ob der Reichskanzler den Gefallen thun wird, eine Exkursion auf das, bekanntlich sehr heisse Gebiet der auswärtigen Politik zu unternehmen.

— Ueber die Reichsbauten bringt die Nat.-Ztg. folgenden orientirenden Artikel:

Nachdem der Reichstag die Mittel bewilligt, sind alle in Angriff genommenen Projekte zur Ausführung gebracht, bezw. in derselben erheblich gefördert worden. Zunächst ist das palastartige Gebäude für das auswärtige Amt in Berlin seiner Vollendung nahe. Dasselbe, nach den Plänen des Regierungsraths Neumann unter Leitung des Baumeisters Woffenstein erbaut, wird am 1. März 1876 seiner Bestimmung übergeben. Das Geschäftshaus des russischen Amtes in Berlin, welches seit dem Herbst unter Dach, soll am 1. September l. J. bezogen werden. Die Mittel zum Anlauf des angrenzenden großen Terrains sind bewilligt und ermächtigen es, die voraussichtlich bald erforderliche Erweiterung bewirken zu können. Im zweiten Stock befindet sich die Wohnung für den Direktor. — Ferner wird nunmehr der Ausbau des Palais Radziwill mit allen Kräften gefördert werden. Das Gebäude wird hauptsächlich neben den Bureau für Reichsbehörden die Wohnung für den Reichskanzler enthalten und in derselben jene großartigen Repräsentationsräume schaffen, an denen es bisher gefehlt hat. Besonders werden der in der Mittelhalle des Gebäudes liegende Saal mit den daran angrenzenden Empfangsalons und die in dem linken Flügel projektierte Haupttreppeanlage eine glänzende Wirkung bieten. Der Park wird nach den Plänen des Tiergarten-Direktors Reide im nächsten Jahre völlig umgestaltet. Das Gebäude in welchem Fürst Bismarck jetzt wohnt, soll demnächst abgetragen und an seine Stelle ein umfangreiches Gebäude für Reichszwecke aufgeführt werden. An der äußeren Fagade des Radziwill'schen Palais wird nicht geändert und namentlich die Cour-d'honneur vollständig erhalten. Das Ganze soll im Herbst nächsten Jahres seiner Bestimmung übergeben werden. — Für das Postfachshotel in Wien ist bisher nur das Terrain und zwar in den sogenannten Metternichsgründen erworben. Die Pläne sind bereits genehmigt. Der Bau wird im nächsten Frühjahr beginnen und soll eine Fierde der oberehin vornehmen und durch seine Paläste glänzenden Stadtgebäude werden. Es ist in großartigen Verhältnissen im Stil der Renaissance mit Säulen-Portiken und reichem Skulpturenschmuck entworfen. Besonders interessant wird der Gesamtanlagens entsprechend, projektierte Hof, des Gebäudes ausgeführt. Dasselbe soll auch bekanntlich zum Absteigequartier deutscher Fürsten bei etwaigen Besuchen des österreichischen Kaiserhofes dienen. Die Bauzeit ist bis zum Herbst 1877 bemessen. — Endlich kommen hinzu die heulichen Anlagen auf dem deutschen Bessitzthum in Rom, deren Ausführung durch die Umwandlung der deutschen Gesandtschaft in eine Botschaft an Opulen gewinnen dürfte. Es bezieht sich dies namentlich auf die Dekoration des großen Saales im Palais Casarelli, der bisher unbenutzt, später bei großen Festlichkeiten als Tanzsaal verwendet werden soll. Ferner werden durch Abbruch der bisherigen Stall- und Remisegebäude Platzregulirungen vorgenommen und außerdem Gartenanlagen in der Nähe des archäologischen Instituts in Angriff genommen. Hierzu gehören denn auch noch die Bauten des deutschen Krankenhauses in Konstantinopel.

— Die „Post. Ztg.“ berichtigt und ergänzt die Mittheilungen der „Köln. Ztg.“ über die früheren Generalpostmeister wie folgt:

Die Angabe, daß der Generalpostmeister in Preußen früher den Rang eines Staatsministers gehabt, ist thatsächlich unrichtig, wozu es richtig ist, daß früher bis vor etwa 70 Jahren Minister zugleich Generalpostmeister waren, wie ja auch der Staatskanzler Fürst Hardenberg Chef der Postverwaltung, in welcher Eigenschaft ihm Nagler, als Leiter der Post, untergeben war, gerade so wie der bisherige Generalpostdirektor dem Reichskanzler, da das Generalpostamt nur eine Abteilung des Reichskanzler-Amtes gebildet hat. Dagegen war der nach dem Anfange dieses Jahrhunderts thätige Generalpostmeister Segebarth (erst später geädelt) längere Zeit in diesem Amte, um das er wesentlich Verdienste hatte, ehe er den Titel Erzellenz erhielt. Auch der (gleichfalls geädelt) Nagler, Segebarth's Nachfolger, wurde erst nach einiger Zeit mit dem Erzellenztitel bedacht, und obwohl er gleichzeitig Bundesrats-Gesandter war, wurde erst 1836 zum Staatsminister ernannt, nachdem er schon 13 Jahre Generalpostmeister gewesen war. Auch sein Nachfolger, bis dahin Oberpräsident der Rheinprovinz, hatte bekanntlich nicht den Erzellenztitel, also nur den Rang eines Raths erster Klasse, welchen dann auch der Generalpostdirektor gleich ähnlichen Würdeträgern bekleidete. Gleichzeitig mit Schapers Ernennung zum Generalpostmeister (1846) erfolgte die des Geh. Oberpostrats Schmückert (gest. 1862) zum Generalpostdirektor. Schmückert's Nachfolger war Richard von Philippshorn (bis Mai 1870) und diesem folgte der jetzige Generalpostmeister des deutschen Reichs, Dr. Heinrich Stephan.

— Wenn die „deutsche Schulzeitung“ recht berichtet ist, so sind in dem Staatshaushaltetat für das nächste Jahr die Gehälter der Seminarlehrer wesentlich erhöht worden. In Folge dessen ist auch die Kategorie der Seminar-Hilfslehrer ausgeschlossen worden. Die

selben sollen künftig für sich rangiren, definitiv angestellt werden und bis zu 440 Thlr. Gehalt kommen können. Nach dieselben das Examen für Mittelschulen und bewähren sich, dann rücken sie in ordentliche Seminarlehrerstellen ein.

— Der „N.-An.“ Nr. 306 publicirt die Verordnung, betreffend die Anstellung der Beamten und die Zuständigkeit zur Ausführung des Gesetzes vom 31. März 1873 bei der Verwaltung der Reichsbank vom 19. Dezember 1875, die Verordnung, betreffend die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens vom 22. Dezember 1875, die Verordnung, betreffend die Pensionen und Kautionsin der Reichsbankbeamten vom 23. Dezember 1875.

München, 27. Dezember. Gelegentlich der Luz Senefrey'schen Affaire erinnert die bairische Presse daran, daß derselbe Bischof Senefrey von Regensburg vor Jahren in Schwandorf eine Rede hielt, in der er sagte: „Wenn der König (von Baiern) nicht ein König von Gottes Gnaden (d. h. der Priesterschaft unterthan) sein will, dann bin ich (der Bischof) der Erste, welcher auf die Barrikade steigt, um das Königthum zu stürzen“; daß auch damals der Bischof, als die Zeitungen seine Rede brachten, dieselbe rundweg ab-leugnete, die oben mitgetheilten Worte aber durch zahlreiche eidliche Zeugnisaussagen vor Gericht bewiesen worden sind.

Wien, 27. Dezember. Von besonderem Interesse ist eine Ausführung der hiesigen offiziellen „Montags-Revue“, mit der letztere dem vielgenannten Sensationsartikel der berliner „Prov. Korrr.“ über Ritter von Schmerling begegnet. Wir lesen da u. A. Folgendes:

Die Grundempfindung, aus welcher diese fast einmüthige Haltung der österreichischen Pätter hervorging, war unlegbar eine patriotische. Erziehen ihnen einmal die Ausführung des ministeriellen preussischen Drogas als eine sachlich ungerechtfertigte und formell unstaatshafte Kritik der österreichischen Verhältnisse, so durften sie mit ihrer Einsprache nicht zurückhalten, denn die Voraussetzung unserer Beziehung zu Deutschland ist allerdings die volle Parität. Je wärmer und inniger diese Beziehungen sich gestalten haben, um so mehr muß auch der Ansehen vermieden werden, als herab die Verhältnisse nicht auf völlig freier Entschließung der beiden Staaten und ihrer Souveräne, nicht auf der richtigen und vorurtheilslosen Erkenntnis ihrer beiderseitigen Interessen. Sicherlich sind nicht viel Worte zu verlieren an eine übrigens bereits unerschütterliche politische Opposition, die in jedem Schritte des wiener Kabinetes zur Befestigung des Einvernehmens mit Deutschland und einen Alt demüthigender Selbsterniedrigung, in jedem politischen Vorgehen Deutschlands einen neuen Verbruch der Verordnungen Oesterreichs zu erblicken vorgiebt; allein, wenn sich gerade die Gelegenheit ergibt, diesen häufig genug sich mit den Attributen wahrer Loyalität und unerschütterlichen Oesterreichthums schmückender Vorstellungen entgegenzutreten und klaren Licht zwischen uns und Deutschland zu machen, so liegt das vielleicht im deutschen Interesse minder nicht als im österreichischen.“

Nach der Bekämpfung der Ansicht der „Prov.-Corresp.“, daß Schmerling bei dem Concordia-Feste eine politische Programmrede gehalten, schließt endlich das Blatt wie folgt:

Es ist eine durchaus staatsmännliche Auffassung, wenn das preussische Blatt die Bürgerthatsachen eines innigen Zusammengehens Oesterreichs mit Deutschland durch keine Verfassungsreform der Monarchie in anderer Weise gewährleistet sieht als durch die dualistische. In der That vermöchte weder die zentralistische Zusammenstellung der Reichseinheit, noch die föderalistische Forderung derselben die Bedingungen dieser politischen Verbindung gleich kräftig zu entwickeln und gleich unverfehrt aufrecht zu erhalten. Das zentralisirte Oesterreich müßte nothwendig durch seine Tendenz, das föderalistische durch die Machtentbüße, die es erfahren, den Werth seiner Allianz abschwächen. Wie man immer die Frage vom Standpunkte unserer inneren Verhältnisse beurtheilen mag, vom deutschen Standpunkte aus betrachtet, wäre Oesterreich mit dem Centralismus ein weniger mächtiger Bundesgenosse als Oesterreich-Unaaren mit dem Dualismus. Diese Erwägung kann für Dynastie und Volk selbstverständlich nicht entscheidend sein in den Fragen der inneren Organisation des Gesamtstaates, aber es ist ein Moment von unlegbarer Bedeutung, insofern es unsere auswärtigen Interessen mit den wohlverstandenen Interessen unserer inneren Entwicklung identifizirt. Und auch darin scheint uns die „Provinzial-Correspondenz“ auf völlig richtigem Boden zu stehen, daß sie hervorhebt, wie enge die Verbindung der drei Kaiser Mächte mit dem Wohlwollen ihrer Völker, mit der Pflege wahrhaft freundschaftlicher und sympathievoller Gesinnungen verknüpft ist. Denn allerdings bauen sich auf der Basis dieser Gesinnungen die positiven Staatsinteressen auf, erstere sind die natürlichen Grundlagen der konkreten Gestaltung der wechselseitigen Beziehungen. Und eben deshalb glauben wir die „Provinzial-Correspondenz“ bezüglich der Besorgnis beruhigen zu dürfen, als könnte hier ein Wechsel der Persönlichkeiten auch einen Wechsel des Systems herbeiführen. Wir verzeichnen nicht ohne lebhafteste Befriedigung den Ausdruck des Vertrauens, welches das ministerielle Blatt den gegenwärtigen leitenden Staatsmännern der Monarchie entgegenbringt. Daß dies Vertrauen eines mächtigen und uns immer näher tretenden Allirten kein werthloses ist, versteht sich ganz von selbst. Aber die „Provinzial-Correspondenz“ darf auf die Monarchie ausdehnen, was sie von ihren politischen Vertretern in diesem Augenblicke gesagt hat. Nicht Graf Andrássy allein, sondern die Monarchie, Souverän und Volk, haben jene Politik akzeptirt, die sich aus den gegebenen Verhältnissen heraus als die allein richtige dargestellt, die zur Erhaltung des europäischen Friedens in so unverkennbarer Weise beigetragen, Deutschland eine so loyale Bundesgenossenschaft zugesichert, unsere beiderseitigen Interessen so sehr gefördert hat. Die Realpolitik der gebundenen Marschkolonie ist keine persönliche Politik des jetzigen Ministers des Außern, sie ist die Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Pest, 27. Dezember. Ein hiesiger Publizist, Herr Grünwald, hat in einer Brochure den Beweis angetreten, daß in dem Boden der ungarischen Municipal-Verwaltung keine Garantien für die persönliche Freiheit gegeben sind. Grünwald will daher die Municipal-Verwaltung in die unbedingteste Abhängigkeit von der Staatsgewalt bringen. Andere Publizisten erklären die von Grünwald hervorgehobenen Uebelstände für zufällige, welche durch Herstellung der richtigen Grenzen zwischen dem staatlichen und dem municipalen Gebiet beseitigt werden können, ohne deshalb die municipalen Freiheiten zu

vernichten. Gegen diese Anfechtung ruft Herr Grünwald den Professor Gneiss zu Hilfe, der darauf in einem im „Besten Kloß“ mitgetheilten Schreiben an Herrn Grünwald folgendes Votum abgibt:

Hochgeehrter Herr! Sie haben mich durch Ihre gütige Zusendung ebenso hoch geehrt wie erfreut, und wenn ich auch den Text der ungarischen Schrift nicht zu lesen vermag, so sehe ich doch aus Ihrer geehrten Zuschrift und aus dem Zeitungs-Artikel, daß es sich um die alte Frage handelt: ob Autonomie oder Selbstverwaltung. Die dilettantische Auffassung dieser Fragen vermag natürlich stets, daß alle Staats-thätigkeit in allen Zweigen der Regierungsgewalt und alle Geltung des Gesetzes in Dorf und Haus hineinreicht, und Folgeleistung, sowie Verantwortlichkeit für die Folgeleistung fordert. Der Staat muß daher aufhören, wenn man die wesentlichsten Glieder der Verwaltung in bloß gewählte Körperchaften auflöst. Da aber der Staat nicht auflören kann, so entsteht unter irgendwelchen Namen eine Präfectur, Unterpräfektur und Districtpräfektur, welche den Staat mit Komitat und Gemeinde wieder verbinden muß. Man schilt dann über die allmächtige Bureaukratie, ohne sich jemals Rechenschaft zu geben, daß die bloß gewählten unverantwortlichen Organe der Kommunal-Verwaltung diese Bureaukratie nachhaltiger erzeugen, als es jemals der Absolutismus vermocht hat. Beständig sich dies durch die französische Verwaltung und alle Nachbildungen in neuerer Zeit, so ergibt ebenso widerleglich die Erfahrung der Jahrhunderte, daß keine Art der Rechtsprechung, also auch die Verwaltungs-Jurisdiction, auf bloße Wahlen aufgebaut werden kann. Die karolinische Gerichtsverfassung, auf welcher seit 1000 Jahren der Grundbau der mitteleuropäischen Kulturstaaten beruht, kennt ebenso seit 1000 Jahren keine anderen rechtsprechenden Organe als solche, die aus Ernennung hervorgehen. Unsere Politiker sollten doch einen ersten Versuch machen, irgend ein rechtsprechendes Organ aus Wahlen zu ermitteln, welches sich in der europäischen Welt irgendwo als lebensfähig bewiesen hätte. Es ist der gesellschaftlichen Betrachtungsweise kaum jemals zum Verständnis zu bringen, daß man den Staat nicht in lauter Willkür verankern kann, sondern daß die verantwortlichen Organe des Staatswillens ernannt, beziehungsweise bestätigt werden müssen, und daß die Justiz- und Verwaltungs-Rechtsprechung durch die vom Staate bestellten Organe das notwendige Gegengewicht bilden, durch welches die lokalen Körperchaften als Glieder des Ganzen in gelegentlichen Schranken und ihrer gesetzmäßigen Thätigkeit gehalten werden. Es ist die Pflicht der Regierung, vor Allem der konstitutionellen Minister, diese Grundzüge mit vollster Energie zu vertreten; denn sie können unter anderen Bedingungen die verantwortliche Staatsregierung nicht führen. . . . Der freie Staat bedarf dieser Elemente der Autorität und der Folgeleistung noch dringender als der absolute. Gneiss.

Paris, 26. December. Die hiesigen katholischen Zeitungen veröffentlichten die lommische Rede, welche der Papst gestern bei dem Empfang des Kardinal-Kollegiums gehalten. Zur Kennzeichnung der oratorischen Leistung genügt folgendes Proömium daraus:

Wenn ich mich nicht täusche, so ist das Kaiserreich eines anderen Nero zurückgekehrt, welcher sich in einem anderen Gemende präsentirt. An einem Orte sitzt er mit der Tyra in der Hand, oder mit lächerlichen und betrügerischen Worten; er stellt sich, als ob er auf Nichts um sich achte, insofern aber bewillkelt und zertrümmert er. An anderen Orten erscheint er mit dem Eisen in der Hand, und wenn er nicht die Straßen mit Blut befleckt, so fällt er doch die Kerker, vervielfältigt die Verdammungen, brandschmettert, und während er brandschmettert, flucht er und usurpirt mit Gewalt fremde Rechte. Mit der Tyra in der Hand wird in dem großen römischen Amphitheater das Zeichen der Eblöhung zerkleinert, und jener Sand, der schon das Blut der Märtyrer eingesaugt, ist nun beschnitten mit stinkenden Gemüthern, Symbole der Gewissen jener, welche Theil haben und verteidigen eine solche Schändlichkeit.

Paris, 27. December. Heute wurden die Leichen der am 18. März 1871 beim Ausbruch des pariser Aufstandes in der Rue Rosier (Montmartre) erschossenen Generale Lecointe und Clement Thomas auf dem Bore la Chaise, wo nach einem Beschluß der Nationalversammlung eine gemeinschaftliche Gruft für diese beiden ersten Opfer dieser blutigsten pariser Empörung hergerichtet worden war, aufs feierlichste beigesetzt.

Die beiden Leichen ruhen bis jetzt auf dem schon seit längerer Zeit geschlossenen kleinen Kirchhof Saint Vincent zu Montmartre. Die Särge wurden dort gestern im Beisein einer Kommission ausgegraben, nach der Kirche des Hotels der Invaliden gebracht und in einer der dortigen Kapellen aufgestellt. Die Nacht über wachten dort drei Invaliden und die Verwandten der Verstorbenen. Eine große Menschenmenge hatte sich schon vor 9 Uhr des Morgens auf dem freien Platz vor den Invaliden eingefunden. Sie mußte aber schnell den Platz räumen, da nicht allein dieser, sondern auch die zu demselben führenden Straßen abgeperrt wurden. Um 9 Uhr richteten die zur Feier kommandirten Truppen, ungefähr 15,000 Mann (alle Bewaffnungen waren vertreten), heran und stellten sich auf dem Platz und den Quais an der Seine auf. Der große Eingang der Invaliden war mit schwarzem Tuch ausgehängt, auf dem auf der einen Seite ein L. (Recomte), auf der anderen ein C. T. (Clement Thomas) angebracht war. Alle Staatsbedienen und die Mitglieder der Nationalversammlung waren zu der Todtenfeier geladen worden. Die Gerichtsbedienen und andere Körperchaften kamen zu Wagen, die von Ketterei eskortiert waren, wie dies bei großen Feierlichkeiten Mode ist. Ein Theil der Deputirten fand sich zu Fuß ein. Schlag 10 Uhr traf der Kardinal-Erzbischof von Paris mit seiner Geistlichkeit im Hotel der Invaliden ein. Am Eingange desselben wurde er von der Pfarre gefolgt empfungen und nach der Kirche geleitet. Die Kirche war schwarz ausgehängt und mit Fahnen geschmückt. Die beiden Särge waren in der Mitte der Kirche aufgestellt. Der Gottesdienst dauerte fast 3 Stunden. Die beiden Särge wurden von den Invaliden und den Soldatenführern bis an den Ausgang der Invaliden geleitet. Der Zug setzte sich dann in Bewegung. An der Spitze desselben ritten Kavaliere und pariser Stadtsoldaten. Ihnen folgten die beiden Leidenwagen. Sie wurden von vier Pferden gezogen, die Reitknechte am Zügel führten. Dann kamen die Leidtragenden, an deren Spitze sich der Platzkommandant von Paris, General Geslin, und die Verwandten der Verstorbenen, darunter der Bruder von Clement Thomas und der Sohn von Lecointe, befanden. 18 Truenerwagen und 40 Equipagen folgten, und dann die übrigen Truppen, Infanterie, Artillerie, Kavallerie, Genie und der Train. Ueberall eine ungeheure Volksmenge, darunter viele Bonapartisten. Aber nirgends auch nur die geringste Kundgebung. Die Polizei war von dem Boulevard bis zum Kirchhof von Polizeibedienen in Masse vertreten. Besonders groß waren die Vorpostenmaßregeln am Kirchhof. Dort befanden sich ein tausend Polizeibedienen mit mehreren Polizei-Kommissarien und zehn Offizieren de paz. Auf dem Kirchhof selbst wurden nur die Leidtragenden zugelassen. Alle Zugänge, die nach dem Grabe führen (es befindet sich in der ersten Allee), waren mit Soldaten besetzt. Doch blieb Alles ruhig. — Beim Eingange der Allee, welche zu dem Grabe führt, wurde die Leiche von dem Wagen herabgenommen und nach der Gruft getragen. Die Leidtragenden, ungefähr 150 folgten. Das Grab ist ziemlich einfach. Auf der Spitze desselben befindet sich die Statue Frankreichs mit ausgebreiteten Armen und in einer jeden ihrer Hände einen Lorbeerzweig haltend. Die Feier am Grab war sehr einfach. Keine Rede wurde gehalten. Nachdem die beiden Särge in die Gruft gefenkt worden und der Bräuer den Segen gesprochen, zogen die Leidtragenden vorüber, welche alle geweihtes Wasser auf das Grab spritzten. Der erste war General Geslin, ihm folgten die Verwandten und die übrigen Personen, die bis zum Kirchhof gekommen waren. Um 2 Uhr war Alles beendet. Auch nach der Todtenfeier fand nirgends eine Kundgebung statt.

Konstantinopel, 24. Dezember. Gelegentlich der Mittheilung des Reform-Trade an die europäischen Kabinette hat der türkische Minister des Auswärtigen eine Zirkular-Depesche an die

Vertreter der Porte, datirt vom 16. d. M., gerichtet, die als Einleitung zu dem großherlichen Ferman betrachtet werden darf. Diefige Blätter sind in der Lage, noch folgende Analyse dieses Schriftstückes mitzutheilen:

Die Zirkular-Depesche Raschid Pascha's an die Vertreter der Porte bei den europäischen Kabinetten ist ein lichtvoller Kommentar zu dem jüngsten Reform-Vertrag des Sultans. Die Zirkular-Depesche beginnt zugleich mit der 3. Reformentwurf und sagt: „Das Prinzip, welches unserer allgemeinen Justizverfassung zu Grunde lag und nach welchem jedes unierer Gerichte zusammengesetzt ist, wurde schon vor mehreren Jahren (1867) in der Türkei dekretirt und durchgeführt. (Dies für die Verwaltung und Gerichtsordnung der Wilajets.) Das Obergericht, welches den Kassations- und Appellhof in sich vereintete und zu dessen Jurisdiction die Gerichte erster Instanz gehören, funktionierte unter der Herrschaft von Gesetzen, welche den Sitten des Landes und den Anforderungen der Zeit entsprachen. Neben diesen Gerichten bestanden die Cheri-Gerichte, welche mit Ausnahme der Kassation denselben Wirkungskreis hatten, sich aber in einigen wesentlichen Punkten, namentlich hinsichtlich der legalen Bestimmungen und des Verfahrens von den anderen Gerichten unterschieden. Es magte also angeht die Justizordnung und der Widerspruch, die sich aus der respektiven Kompetenz und der verschiedenen Prozedur der Cheri- und Kasations-Gerichte ergaben, die Kompetenz jedes dieser Gerichte genau definiert werden, damit so viel als möglich die Gleichmäßigkeit der Jurisprudenz, die Regelmäßigkeit des Prozedurverfahrens beibehalten bleibe und die naturgemäßen Uebergänge der Staatsgewalt geübelt wurden. Zu diesem Behufe verfiel der kaiserliche Trabe, daß das Obergericht aufgehört, dem Justiz-Ministerium subordinirt zu sein; daß die Richter unabsehbar sein sollen; daß die Handelsgerichte, welche bisher dem Handelsministerium unterstanden, nun zur Jurisdiction des Obergerichtes gehören; daß die Landes-Präsidenten der Appellationsgerichte in den Hauptstädten der Provinzen zu sein haben, damit die Urtheile der Cheri-Gerichte von ihnen geprüft werden und damit sie in ihrer Eigenschaft als Präsidenten des Kziamies in letzter Instanz in allen zwispolizeischen und kriminellen Angelegenheiten entscheiden. Der kaiserliche Ferman überträgt dem Obergerichte und allen von ihm ressortirenden Gerichten die Prozesse zwischen muslimanischen und christlichen Unterthanen und anderen Gemeinden oder zwischen diesen und den Christen oder auch zwischen Muslimen und nicht-muslimanischen Gemeinden selbst. Nur die Prozesse zwischen muslimanischen Unterthanen bleiben dem Cheri-Gerichte vorbehalten. Zur leichteren Durchführung einer so radikalen Neuerung werden die verschiedenen Gesetze im Interesse einer gleich- und regelmäßigen Prozedur kodifizirt werden.“ Die Zirkular-Depesche führt hienzu, daß der Sultan, um seinen getreuen Unterthanen bei Allem, was die Wahrung ihrer Interessen, ihres Besitzes, ihres Glückes betrifft, den größtmöglichen Antheil zu erwahren, sie mit dem Rechte anstattet, die Mitglieder der Gerichte sowohl als die der Provinzialräthe selbst zu wählen, so daß sie alle Würdigkeiten der Verwaltung der Gerechtigkeit, der Ordnung, dem Patriotismus und der Sittlichkeit ihrer frei und ohne irgend eine Einmischung der Regierung gewählten Vertreter anvertraut sehen.“ Die Zusammenlegung der Provinzialräthe und Gerichte durch die Wahl nach dem Grundsatz locus regit actum bezeichnet die Zirkular-Depesche als den eigentlichen Beweggrund dieser Maßregel, und sie stellt zugleich den Erlaß der bezüglichen Ausführungsbelege in Aussicht.

Die Zirkular-Depesche Raschid Pascha's geht nun auf jene Bestimmungen des Trade über, welche sich auf die Steuerreform beziehen. Die Verschönerung der Steuern habe täglich Verwickelungen und Schwierigkeiten bezüglich der Reparatur und Erhebung dieser Steuern zur Folge. Ursprünglich war das Steuerregime bei einfacher. Den Gewohnheiten dieser primitiven, meist von der Bodenkultur lebenden Bevölkerungen entspreche die bisher übliche Einführung verschiedenartiger Steuern und dieser Uebelstand sei es, dem die Regierung (mit dem Rathschlage des Ergänzungskomitees des Reichs wurde bereits vor der Anfang gemacht) so viel als möglich abheben wolle, indem sie die Steuern unificirt und damit die Vertheilung und Erhebung derselben erleichtert. Demgemäß überträgt der kaiserliche Trabe den Bevölkerungen selbst die Erhebung der Steuern in der Weise, daß sie aus ihrer Mitte Vertrauensmänner wählen, so daß von nun an jedwede Einmischung der Papirats bei der Steuererhebung aufgehört. Diese Bestimmungen des Trade sind ganz neu und beziehen sich namentlich auf Bosnien und die Herzegowina. Die Zirkular-Depesche fährt im Anschluß daran also fort: „Die wichtigsten und erprießlichsten Maßregeln im Zusammenhange mit dem kaiserlichen Erlaße, welcher anordnet, daß das System der Leistungen mit getheilten Bürgschaften umgeben werde, und daß Frohndienste absolut nicht mehr geleistet werden und Zwangsrequisitionen nicht mehr stattfinden dürfen, liefern den unwiderleglichen Beweis, daß die Porte unter Berufung auf die erhobenen Grundzüge der Gleichheit und Gerechtigkeit vor Allem die tatsächliche Verwirklichung dieser Prinzipien anzustrebt mit dem Vorbehalte, die Vortheile dieser Maßregeln nach Maßgabe ihrer Ausführung zu erweitern. Auf diesen Punkt ist das größte Gewicht zu legen, denn nur überzeugende und greifbare Gründe vermögen unsere Verleumder zum Schweigen zu bringen.“

Der Theil des Trade, welcher die Eintheilung der Verwaltung des Grundbesitzes von der komplizirten Verwaltung des Ertrags befreit, überträgt diese Funktion in Zukunft der Generaldirektion der Archive. Dort, heißt es in der Zirkular-Depesche, würde die verlässliche Registrierung dieser Verlegenheiten abhelfen und in einem Uusse etwas herstellen, wodurch über die prinzipielle Besonderheiten grade auf diesem Gebiete in Bezug kämen. Dort aber, wo dergleichen Dokumente bisher gänzlich gemangelt, würde einem schwergefühlten Bedürfnisse abgeholfen werden.

Die Reform der Steuer für Befreiung vom Militärdienst seitens der nicht-muslimanischen Unterthanen fällt als ein wohltätiges Aufgeben der bisherigen Gepflogenheit ins Gewicht, der zufolge jene Steuer ohne jede Berücksichtigung von Lebensalter und Tauglichkeit erhoben wurde. Es muß zugleich in die Augen springen, führt die Zirkular-Depesche aus, daß in den gleichzeitig erfolgenden Erleichterungen für den Theil des Volkes, der sein Blut für das Vaterland vergießt, sich eine gerechte Reform darstelle, die jeder weiteren Anerkennung entziehen könne.

Hervorragende Bedeutung wird in dem Rundschreiben jenem Theile des Ferman's zugewiesen, worin, bei anderem Namen genannt, dem Södrigkeitverhältnis der ländlichen Bevölkerung ein Ende gemacht wird. Obgleich der Ferman die Provinz Bosnien und die Herzegowina nicht besonders namhaft gemacht, können doch in hervorragendem Maße nur diese damit gemeint sein, indem grade dort jenes drückende Abhängigkeitsverhältnis noch am ausgeblühten geblieben ist. Die Note erwartet von dieser Neuerung sehr erprießliche Resultate für die sozialen und ökonomischen Verhältnisse des praktischen Lebens. Derjenige, der bisher wenig besser als ein Leibeigener behandelt wurde, kann nunmehr selbst Grundbesitz erwerben, während er bisher nur an dessen Ertrage partizipirte. Es wird ausgeführt, daß, um etwaigen gefährlichen Folgen, die anderswo mit dem Erlasse gewisser fundamentaler Agrarergelbe verknüpft gewesen, auf dem Gebiete ihrer Reformen vorzubeugen, die Porte sich auf die im Ferman fixirten Maßregeln beschränkt habe, wonach die christlichen Bauern die vollständige Befreiung erhalten, ein Stück Erbscholle ihr Eigen nennen zu können. Dieser Lösungsweg werde zweifelsohne in Zukunft zu der Ueberzeugung führen, daß die ackerbauende Bevölkerung zeitliche Gelegenheiten finden wird, Strecken Landes, die nur der Kultur bebauen, um ergebnis zu sein, künstlich zu erwerben. Es bleibt einem bald zu gewärtigenden Spezialergelbe vorbehalten, den Eigentümern der für solche zeitliche Gelegenheiten zu erleichtern, wo in den ins Auge gefaßten Landesstellen ein Grundstück seinen Herrn im Wege gerichtlicher Verkäufe zu wechseln pflege. Die neue Reform magde dergleichen in weit ausgedehnterem Maße möglich. Dabei wäre ein weiteres Ergebnis, daß die jetzigen Grundbesitzer in Folge der Beendigung des Quasi-Balottenverhältnisses der Bauern sich zur Beschaffung der nötigen Arbeitskraft zu einer freien Ueberkunft mit ihren Bäckern werden herbeiführen müssen.

Die Zirkular-Depesche spricht weiter die Ueberzeugung aus, daß

Eventualitäten, welche bedauerliche Thatsachen im Gefolge haben könnten, ipso facto vermieden und daß somit das Ziel sicherer und rascher erreicht werden wird. Die Privilegien, welche den nicht-muslimanischen Gemeinschaften anerkannt wurden“, sagt Raschid Pascha, „sind durch den Ferman nicht nur aufrecht erhalten, sondern neu bekräftigt, indem ihnen bezüglich der Erbauung von Kirchen, Schulen und anderen Anstalten neue Erleichterungen gewährt wurden. Außerdem haben letzte-willige Anordnungen, deren Ausführung ehemals von dem Obergelees abhängig war, unabhängig von diesem volle Gültigkeit und werden auch respektirt werden, in so fern nicht Klagen gegen die Vormünder oder gegen die Testamentserketoren angebracht würden, in welchem Falle selbstverständlich die Verwaltung interbeniren müße.

Zum Schluß verspricht der Minister des Innern der hohen Regierung, daß diese radikalen Reformen durchgeführt und die fremden Regierungen dieselben zu würdigen wissen werden, und daß endlich die Regierung des Sultans keinen fehngehörigen Wunsch habe, als daß die unglückliche Bevölkerung der Herzegowina recht bald zum Gorb-sam zurückkehren möge, damit sie ebenfalls in den Gemuß der Reformen trete, deren sie durch des Grofherrn Gnade theilhaftig werden soll.

Lokales und Provinzielles.

— Jaroschin, 27. Dezember. [Straßenreinigung.] Wer diese Feiertage unfer Städtchen passirte, muß nicht wenig über die hier bestehende Unreinlichkeit erstaunt gewesen sein. Wenn auch wegen des vor etwa 8 Tagen eingetretenen Thauwetters eine vollständige Reinigung der Straßen nicht möglich war, so hätte doch der Marktplatz an einem hohen christlichen Feiertage nicht einen d. Dünnerüberzug worauf die Wagen wie auf Summirdünen fahren haben brauchen. Nur wenige Hausbesitzer fanden sich veranlaßt, ihr Terrain zu reinigen. Unsere Stadt liegt am Kreuzungspunkte zweier Bahnen, die nicht wenig fremdes Publikum unserem Städtchen zuführen, welchen Begriff müssen diese Passanten von Jaroschin erhalten!

O. K. Obornik, 28. Dezember. [Aus der Chronik der Stadt Dobornik.] Dobornik, polnisch Dobornik, an der schiffbaren Warthe, nur 168 Fuß über dem Wasserpiegel der Diefse, trägt seinen Namen entweder von obora (Biehfal, aber auch Castell, Burg) oder von o (im. nahe, bei) und bor (Wald) Beide Annahmen haben viel für sich, da der Ort ursprünglich wohl eine Burg gewesen, später mit einer Ringmauer umgeben worden, anbertheils auch wieder mitten im Walde gelegen war. Die Zeit seiner Gründung läßt sich mit Bestimmtheit nicht angeben, da der Ort 3 mal durch Feuer gänzlich zerstört und hierbei auch Urkunden, Chroniken u. s. w. vernichtet wurden. Der erste dieser großen Brände soll zu Ende des 15. Jahrhunderts erfolgt sein, der 3. fand im Jahre 1814 statt. — Es scheint ein sehr alter Ort, und gehörte im 15. Jahrhundert zu den bedeutendsten Städten dieser Gegend, da er schon im Jahre 1458 fünfzehn Krieger zu stellen hatte, für die damalige Zeit ein starkes Kontingent. Die Stadt befah auf dieser Zeit, schon wie Polen das magdeburger Recht und hatte in Polen seinen Oberhof. — Im Jahre 1812, als sie unter dem glogauer Herzoge stand, war sie schon Mittelpunkt eines Kreises. Im Februar 1833 lagerte sich im Orte bei den inneren Kämpfen Domorats Heer. Zehn Jahre darauf wird ein Esler Skora de Gay Gregorius Oborn-czycki genannt, unter dessen Herrschaft wahrscheinlich die Stadt sich befand. Gegen 1480 besaßen die Gebrüder Alexander und Andreas de Gay die Stadt als Lehn. Diese übten allerley Willkür, zwangen die Einwohner ihren Bierbedarf aus der herrschaftlichen Brauerei zu holen, führten neue Abgaben (Eingangszölle) von Fleisch und Honig ein, u. s. w. Um diese Zeit fand der erste große Brand statt. König Casimir von Polen besetzte 1. J. 1485 auf Grund einer im Archive der Biele Polen aufgefundenen Abschrift eines oborniker Freibriefes d. J. 1422 der Stadt ihre rechtliche Stellung. Er gewährte auch viele andere Vortheile, damit die Stadt von ihrem Unglück sich rascher erhole. So durften die Einwohner in der damals sehr scharren Warthe frei sitzen, ihren sämmtlichen Holbedarf zu Bau- und Brennwecken aus der lal Waldung entnehmen, ein Privilegium, welches erst im Jahre 1871 vom kgl. preuß. Forstmeister für ein Kapital von 42,000 Thlr. abgekauft worden ist) u. m. A. Da die Unterhaltung der Warthebrücke der Stadt oblag, so wurde für das Passiren dieser ein Schiffszoll erhoben. — Ein französischer Orden ließ sich nieder, deren Mitglieder jedoch nicht sehr in Frieden und Eintracht mit dem Ratse der Stadt und der Einwohnerchaft zu leben schienen, da verschiedene große Tumulte entstanden und dessen Anwesenheit verübt wurden. So ist von einem großen dritten Tumult im Jahre 1628 die Rede, bei welchem der Prior mit sämmtlichen Mönchen in der Warthe erfaßt werden sollte. Hierbei sollen sich 2 Mönche, die auf der Flucht sich in benachbarten Gebäuden verstopft, und von Verfolgern hart bedrängt wurden, erküngen haben. — Die Stadt erholte sich später bald wieder, hatte Mauern und war durch eine an ihr befindliche Burg geschützt. Letztere wurde im ersten Schwedenkriege zerstört. 1656 blühten die Schweden die Stadt und gründeten einige Häuser an. In fürpreußischer Zeit wurde Dobornik dem General Benavornski in Pacht gegeben. Zu Ende des vorigen Jahrhunderts hatte Dobornik nur ungefähr 800 Einwohner darunter ein Dritttheil Juden. Unter dieser geringen Bevölkerung befanden sich 14 Brantweinbrenner (jedenfalls eine Ausbeute des Holzprivilegiums in l. Forten). 1816 zählte Dobornik 1003, 1837: 1499, 1843: 1685, 1858: 1796, 1861: 2007, 1871: 2281 und jetzt bei der letzten Volkszählung 2416 Einwohner. — In den Stürmen von 1848 schloß sich Dobornik auf deutsche Seite. Die Erklärungen, welche die Einwohner erließen, lautete: „Wir wollen nicht der Willkür der Polen preisgegeben sein, wir sind fast ebenso stark als die Polen, wir haben ein Recht dazu, daß wir unter preussischem Schutze bleiben.“ Am 3. Mai kam ein Infanteriehaufe nach Dobornik und machte den Versuch, die Deutschen zu entwaffnen und die Behörden abzufegen. Der damalige Landrath von Reichmeister trat dem energisch entgegen und das Eintreten einer Theilung preuß. Militärs machte diesem Vorhaben ein Ende.

Die landwirthschaftliche Bevölkerung der Provinz Posen.

Auf Veranlassung des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist vom königlichen statistischen Bureau in Berlin eine Uebersicht über die landwirthschaftliche Bevölkerung des preussischen Staates nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 als Schlussarbeit derselben veröffentlicht worden. Dieselben betreffen lediglich die Landwirthschaft, die Forstwirthschaft und die Fischerei mit Einschluß der gewöhnlich dazu gerechneten Erwerbszweige, wie Weinbau, Jagd u. dal.; es sind also weder die ganz kleinen Ackerbesitzer noch die beständigen Tagelöhner hier berücksichtigt worden.

Wir entnehmen dieser Uebersicht nachstehende auf die Provinz Posen bezügliche Angaben: Es betrieuen

- I. Landwirthschaft und Viehzucht, Weinbau und Gärtnerei (ausgeschlossen Kunst- und Handwerksbetriebe)
 - A. Untere Posen, d. h. selbstwirthschaftende Güter, Weinberg- und Gartenbesitzer oder Bäcker, welche a. ausschließlich Landwirthschaft treiben 58.383 männl. 3267 weibl. Pers.
 - b. hauptsächlich Landw. treiben 3500 " 55 " "
 - c. als Nebengeschäft Landwirthschaft treiben 1940 " 36 " "
- B. Angestellte, d. h. Administratoren, Inspektoren, Beamten und sonstiges Direktions-, Aufsichts- und Rechnungspersonal, welche
 - a. ausschließlich Landw. treiben 2823 männl. 1350 weibl. Pers.
 - b. hauptsächlich " " 4 " 2 " "
 - c. als Nebengeschäft " " 12 " — " "
- C. Gehülfe u. auch Lehrlinge, Knechte und Mägde, übriges Gefinde, Tagelöhner, Drescher u. s. w., welche

Schwankend.

Freiburger 83, 75 do. junge - Obergiesl. 148, 50. N. Ober-
St. 105, 50. do. do. Prioritäten 108, 25. Frankosen 531,00 Lomb-
arden 199,00. Silberrente 65, 25. Rummier 26, 75. Breslauer
Wissentobank 67,00. do. Wechselbank 64, 90. Schles. Bank 85, 50.
Kreditaktien 341,00. Laurabütte 67, 75. Obergiesl. Eisenbahnen.
Deut. Reich. Bank 178, 75. Russ. Banknoten 265, 00. Schles. Verzins-
bank 89, 50. Osterreich. Bank. Breslauer Brod-Wechselb.
R. m. k. 25. Schlesische Centralbahn. Bresl. Delf. -

Telegraphische Correspondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 29. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Min.
Spekulationswerthe schließlich fest.

(Schlusskurs.) Londoner Wechsel 203,05. Pariser Wechsel 80,82. Wie-
ner Wechsel 177,80. Frankosen*) 265 1/2. Böhmer Wechsel 169 1/2. Lombard-
en*) 99. Saitner 179 1/2. Eisenbahn 147. Nordwestbahn 126
Kreditaktien*) 169 1/2. Russ. Bodent. 86 1/2. Russen 1872 99. Silber-
rente 65 1/2. Papierrente 61 1/2. 1860er Loose 114 1/2. 1864er Loose
- amerikaner de 1868 - Deutsch-Osterreich. 85 1/2. Berliner
Bankverein 70 1/2. Frankfurter Bankverein - do. Wechselbank 75 1/2.
Bankaktien 801, 50. Meiningen Bank 83 1/2. Sächsische Effektenbank
- Darmstädter Bank 119. Hess. Ludwigsb. 98. Obergiesl. 72 1/2.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 170, Frankosen 265 1/2,
Lombarden 98 1/2.

*) per medio resp. per ultimo.

Berlin, 29. Dezember. Trotzdem der gestrige Verkehr nach den
anfänglichen Erhebungen auch noch schwach geschlossen hatte, konnte
doch die heutige Eröffnung im Ganzen fest genannt werden. Freilich
hätten die auswärtigen Meldungen auch nicht gerade günstig gelaufen;
aber es lagen doch andererseits keine beunruhigenden Momente vor.
Dazu kam, daß die Hausspartei Anstrengungen machte, um hohe
Liquidationscourse zu erzielen. Das Deckungsbedürfnis ist allerdings
so ziemlich erschöpft und eher noch Waare übrig; doch macht man
trotz des theuren Geldstandes und den immer mehr hervortretenden
Reports (für Kreditaktien Anfangs 24 Pf., später ebenfalls Leihgeld
geahlt) alle möglichen Veruche, um den Coursstand aufrecht zu er-
halten. Das gelang auch heute im Ganzen, wiewohl der Verkehr

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 29. Dezember 1875.

Preussische Fonds und Gelb-
Cours.

Table with columns for bond types (e.g., Staats-Anleihe, Kur- u. N. Sch.) and their corresponding prices.

Table with columns for bond types (e.g., Pomm. III, Pr. B. G. V. R. D.) and their corresponding prices.

Ausländische Fonds.

Table with columns for foreign bond types (e.g., Amerik. r. k., do. do. 1885) and their corresponding prices.

*) Wechsel-Cours.

Table with columns for exchange rates (e.g., Amsterd. 100 fl. 8 T., London 100 fl. 8 T.) and their corresponding values.

Bau- und Credit-Aktien.

Table with columns for construction and credit stock types (e.g., Badische Bank, Bl. f. Rheinl. u. Weiff.) and their corresponding prices.

gering und die Spekulation abwartend blieb. Die internationalen
Werthe standen im Vordergrund des Verkehrs; auch Disconto-
Kommandit-Antheile fanden Nehmer und die übrigen Gebiete lagen
angesehener still. Selbst das Prolongationsgeschäft, welches in
den letzten Tagen noch einigermaßen den Verkehr belebt hatte, erlitten
so ziemlich beendet. Doch traten trotz der Reports noch einige
Deckungen in Kreditaktien hervor. Auch die Coursentwicklung war
während der Börse äußerst gerinnig. Unter den Rheinisch-West-
fälischen Bahnen erschienen Rheinische bedroht. Die meisten andern
Bahntiteln fanden wenig Beachtung, Sächsische Devisen, Stettiner
und Potsdamer matt, Halberstädter und Anhalter lebhaft, Rumänen
still, Saitner schwach. Unter den Banken wurden Ritterstädtische
Privatbank, Schwab Bank Brede und Hypothek-Institute bedroht.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table with columns for railway stock types (e.g., Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, Bergisch-Märkische) and their corresponding prices.

Industrie-Aktien.

Table with columns for industrial stock types (e.g., Brauerei Pagenhofer, Danneb. Rattun, Deutsche Baugel.) and their corresponding prices.

Frankfurt a. M., 29. Decbr., Abends. (Effekten-Gesellschaft.)
Kreditaktien 169 1/2, Frankosen 265 1/2, Lombarden 98 1/2, Saitner -
Eisenbahn 147, Reichsbank 157 1/2, 1860er Loose 114 1/2, Nordwestbahn
- Spanier - ungar. Loose - do. Schatzbonds - Oesterr.
deutsche Bank - R. t.

Eisenbahn-Prioritäts-
Obligationen.

Table with columns for railway priority bond types (e.g., Aach.-Mastricht, do. do. II. 5, Berg.-Märkische) and their corresponding prices.

Frankfurt a. M., 29. Decbr., Abends. (Effekten-Gesellschaft.)
Kreditaktien 169 1/2, Frankosen 265 1/2, Lombarden 98 1/2, Saitner -
Eisenbahn 147, Reichsbank 157 1/2, 1860er Loose 114 1/2, Nordwestbahn
- Spanier - ungar. Loose - do. Schatzbonds - Oesterr.
deutsche Bank - R. t.

Eisenbahn-Prioritäts-
Obligationen.

Table with columns for railway priority bond types (e.g., Aach.-Mastricht, do. do. II. 5, Berg.-Märkische) and their corresponding prices.

Frankfurt a. M., 29. Decbr., Abends. (Effekten-Gesellschaft.)
Kreditaktien 169 1/2, Frankosen 265 1/2, Lombarden 98 1/2, Saitner -
Eisenbahn 147, Reichsbank 157 1/2, 1860er Loose 114 1/2, Nordwestbahn
- Spanier - ungar. Loose - do. Schatzbonds - Oesterr.
deutsche Bank - R. t.

Eisenbahn-Prioritäts-
Obligationen.

Table with columns for railway priority bond types (e.g., Aach.-Mastricht, do. do. II. 5, Berg.-Märkische) and their corresponding prices.

Frankfurt a. M., 29. Decbr., Abends. (Effekten-Gesellschaft.)
Kreditaktien 169 1/2, Frankosen 265 1/2, Lombarden 98 1/2, Saitner -
Eisenbahn 147, Reichsbank 157 1/2, 1860er Loose 114 1/2, Nordwestbahn
- Spanier - ungar. Loose - do. Schatzbonds - Oesterr.
deutsche Bank - R. t.

Eisenbahn-Prioritäts-
Obligationen.

Table with columns for railway priority bond types (e.g., Aach.-Mastricht, do. do. II. 5, Berg.-Märkische) and their corresponding prices.